

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم

بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 27.08.2018

Von Jörg Kronauer

29.08.2018

## Neue Töne

*Partnerschaft mit mancherlei Abstrichen: Heiko Maas und sein Konzept einer USA-Strategie*



*Deutsche Absetzbewegung: Kanzlerin Merkel und US-Präsident Trump beim G-20-Gipfel in Hamburg (7.7.2017)*

Foto: Ian Langsdon/Reuters

Heiko Maas bleibt am Ball. Kaum war am Mittwoch früh im *Handelsblatt* der Grundsatzartikel des Außenministers zu den deutsch-US-amerikanischen Beziehungen erschienen, in dem er fordert, das transatlantische Bündnis »neu zu vermessen« und den

Vereinigten Staaten, wenn sie »rote Linien« überschritten, auch einmal handfest ein »Gegengewicht« entgegenzusetzen (*jW* berichtete), da ging's am Nachmittag gleich weiter: Das Auswärtige Amt und sein Chef luden zu einem Livechat über das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den USA ein. Bürger fragen (»Hallo Herr Maas, wie genau sieht denn Ihr Gegengewicht gegen die US-Politik aus?«), der Minister antwortet (»Wir brauchen auch in Zukunft eine funktionierende transatlantische Allianz!«) – nicht immer war die modische Onlinekommunikation zwischen dem Ministerium und der Bevölkerung von Stringenz und Sinnhaftigkeit geprägt. Aber darauf kam's auch gar nicht an: Maas hat mit seiner Forderung, man dürfe es nicht mehr zulassen, dass Washington »über unsere Köpfe hinweg zu unseren Lasten« handle, einen neuen Ton angeschlagen. Das ist es, was zählt, und das bringt Maas nun unter's Volk.

Die Bundesregierung tut sich mehr als eineinhalb Jahre nach dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump immer noch schwer, einen erfolgversprechenden Ansatz für den Umgang mit seiner Politik zu finden. Die Vereinigten Staaten spüren, so hat es im Juni Exaußenminister Sigmar Gabriel formuliert, »schon länger einen ›Imperial Overstretch‹«, eine imperiale Überdehnung; sie sind nicht mehr in der Lage, ihre Position als globale Nummer eins verlässlich gegen das kräftig aufsteigende China, das widerspenstige Russland und die nach Weltmacht strebende, deutsch dominierte EU zu verteidigen. Was tun? Trump, äußerte Gabriel, »will seine Wettbewerber wirtschaftlich schwächen, damit die USA wirtschaftliche und politische Führungsnation bleiben können«. Und er fühle sich »stark genug, dabei auf Alliierte verzichten zu können«. Das Ergebnis: Seine Administration wütet gegen China, treibt Keile zwischen Russland und die EU, sucht letztere zu schwächen und prügelt dabei vor allem auf ihre dominierende Macht Deutschland ein. Sind die Strafzölle auf Stahl und Aluminium aus Sicht Berlins noch zu verschmerzen, so wären Kfz-Strafzölle für die so wichtige deutsche Autobranche fatal; die Iran-Sanktionen berauben deutsche Firmen schon jetzt einer zentralen Expansionsperspektive in Mittelost – und müssten sich deutsche Unternehmen auch noch nach den neuesten US-Russland-Sanktionen richten und etwa »Nord Stream 2« aufgeben, dann büßten sie ein bedeutendes Element ihrer traditionellen Ostexpansion ein.

Im innerimperialistischen Konflikt mit Washington sind Berlin und die EU seit dem Januar 2017 in die Defensive geraten. Der einzige Erfolg, den sie vorweisen können, ist nicht ihrer: Trump hat die Kfz-Strafzölle Ende Juli nicht etwa wegen des deutsch-europäischen Widerstandes zumindest vorläufig vom Tisch genommen, sondern weil die US-Autoindustrie mit herben Verlusten rechnete und auf die Barrikaden ging. Brüssels

Versuche, die Iran-Sanktionen mit einer EU-Verordnung zu parieren, die es europäischen Firmen untersagt, US-Boykotte zu befolgen, sind gescheitert: Kein Konzern aus der EU will für Iran Milliardenengeschäfte auf dem unvergleichlich lukrativeren US-Markt riskieren. Was, wenn Trump es nun auch wagt, etwa gegen die BASF-Tochterfirma Wintershall vorzugehen, weil sie an »Nord Stream 2« festhält? Will Berlin nicht völlig einknicken, dann sind nun konkrete Antworten gefragt.

Diesbezüglich rumort es schon seit einiger Zeit im Berliner Politikbetrieb. Deutschland benötige etwas, »das es in dieser Form bisher nicht geben musste: eine Amerika-Strategie«, hieß es bereits im Oktober 2017 in einer Stellungnahme mehrerer einflussreicher Außenpolitikexperten in der Wochenzeitung *Die Zeit*. Das Auswärtige Amt müsse »eine USA-Strategie« entwerfen »und sie mit den anderen Ressorts abstimmen«, empfahl Mitte Juni im Berliner *Tagesspiegel* der Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) Cornelius Adebahr. Tatsächlich hat das Außenministerium inzwischen mit der Arbeit an einer solchen Strategie begonnen. Wie das *Handelsblatt* bestätigt, haben der Planungsstab des Auswärtigen Amts und das Amerika-Referat bereits einzelne Elemente skizziert. Maas hat sich am Dienstag mit einflussreichen Experten aus den Außenpolitik-Thinktanks über das Thema ausgetauscht; am Mittwoch ist dann sein Grundsatzartikel im *Handelsblatt* erschienen – nicht im Wortlaut mit der Kanzlerin abgestimmt, doch im Grundton die Debatte innerhalb der Bundesregierung adäquat widerspiegelnd, wie das Außenministerium gegenüber *Reuters* bestätigte. Am Mittwoch nachmittag warb das Auswärtige Amt dann schließlich im Livechat mit der Öffentlichkeit für seine Ideen.

Maas' Konzept ist bislang wenig konkret. Er schlägt Maßnahmen vor, mit denen deutsche Firmen vor den Auswirkungen von US-Sanktionen auf Drittstaaten geschützt werden sollen (siehe Text unten). Daneben plädiert er für den Aufbau einer völlig neuen »Allianz für den Multilateralismus« (siehe Spalte). Nun soll möglichst fleißig debattiert werden; dann wird man sehen, wann – und ob – die Bundesregierung mit ihrer USA-Strategie in die Pötte kommt.